

II - 187 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XV. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG**

Zahl 10 072/264-1.1/79.

Maßnahmen zur Verbesserung der
Situation bei den freiwillig
verlängerten Grundwehrdienern
(fvGWD);

Anfrage der Abgeordneten Dr. NEISSER
und Genossen an den Bundesminister
für Landesverteidigung, Nr. 88/J

52 IAB

1979-08-22

zu 88 J

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1010 Wien

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten
zum Nationalrat Dr. NEISSER, KRAFT, Dr. ERMACORA
und Genossen am 4. Juli 1979 an mich gerichteten
Anfrage Nr. 88/J, betreffend Maßnahmen zur Ver-
besserung der Situation bei den freiwillig ver-
längerten Grundwehrdienern (fvGWD), beehre ich
mich folgendes mitzuteilen:

Die in der Anfrage erwähnte Arbeitsgruppe "fvGWD-
Werbung" hatte die Aufgabe, Entscheidungsgrundla-
gen für eine verbesserte Werbung für den freiwillig
verlängerten Grundwehrdienst zu erarbeiten. Der von
dieser Arbeitsgruppe vorgelegte umfangreiche Maß-
nahmenkatalog enthält eine Vielzahl verschiedener
Vorschläge, die im wesentlichen darauf abzielen,
durch eine verstärkte Information und Motivation
der Zielgruppe besondere Verpflichtungsanreize zum
Längerdienen zu schaffen. Soweit diese Vorschläge
Maßnahmen im rein administrativen Bereich betreffen,

- 2 -

konnte ihre Verwirklichung verschiedentlich bereits eingeleitet werden (z.B. verstärkte Schulung des Kaders in Intensivseminaren zwecks Verbesserung der Einstellung zum Längerdienenden und Erleichterung seiner Integration in das Kadernpersonal im Rahmen von sog. "DfUO Tagen"). Zum überwiegenden Teil jedoch handelt es sich hiebei um Vorschläge, die noch eingehender Beratungen innerhalb und außerhalb des Ressorts, insbesondere auch mit Gewerkschaft und Personalvertretung, bedürfen.

Ich bitte daher um Verständnis, daß ich im gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Auskunft darüber geben kann, welche konkreten Maßnahmen hinsichtlich einer verbesserten Werbung für den freiwillig verlängerten Grundwehrdienst zu treffen sind bzw. welche Konsequenzen aus den Vorschlägen der erwähnten Arbeitsgruppe zu ziehen sein werden.

Auch die Frage allfälliger finanzieller Verbesserungen für den freiwillig verlängerten Grundwehrdienst sowie im Zusammenhang damit, welche Legislativmaßnahmen im einzelnen zur Verwirklichung der eingangs erwähnten Zielvorstellungen notwendig sind, kann derzeit noch nicht abschließend beantwortet werden.

Was schließlich das "fvGWD-Problem innerhalb der Bereitschaftstruppe" betrifft, so handelt es sich hiebei um ein, wenn auch sehr bedeutsames Detailproblem im Rahmen des gegenständlichen Gesamtkomplexes der verbesserten Werbung

- 3 -

für den freiwillig verlängerten Grundwehrdienst; dieser Problemkreis wird daher nicht isoliert, sondern ebenfalls im Rahmen der vorgenannten Beratungen zu lösen sein.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, daß dem Anliegen, das Problem der freiwillig Länderdienenden in absehbarer Zeit einer befriedigenden Lösung zuzuführen, seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung vorrangige Bedeutung beigemessen wird, zumal die erfolgreiche Fortsetzung der Reform des Bundesheeres nicht zuletzt vom Erfolg dieser Bemühungen abhängen wird.

20. August 1979

Ott. Rünf